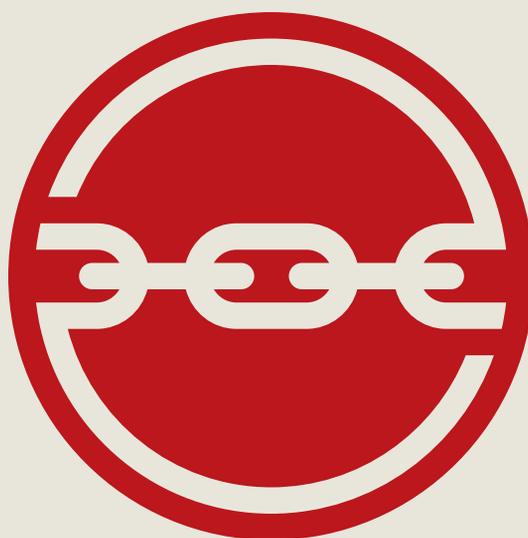


read_it

Das Kundenmagazin des BRZ



Blockchain

Wird die vorhergesagte Revolution stattfinden?
Wir wagen die Potenzialanalyse.

Auf der sicheren Seite

Das BRZ unterstützt seine Kunden in allen Belangen rund um die bevorstehende Datenschutz-Grundverordnung.

Digitaler Postfuchs

Wie Hybrid-Rückscheinbriefe die Arbeitsabläufe von Behörden vereinfachen und viel Geld sparen können.



8 Keystory:
Blockchain -
Potenzial und
Möglichkeiten einer
revolutionären
Technologie.



18 BRZ Inside: Ein Gespräch mit Mag. Dietmar Eglhofer, dem neuen HR-Leiter, über Potenziale im BRZ, die Mobilität des Arbeitsplatzes & Digitalisierung.



7 Virtuelle Assistenten und Chatbots sparen Unternehmen viel Zeit und Geld, menschliche Mitarbeiter/innen werden entlastet.

Inhalt

Update
Neues aus der Welt der IT **4**

Development
E-Personalmanagement **6**
Automatisierte Kundenbetreuung **7**

Keystory
Im Zeichen der Blockchain - Potenzialanalyse einer komplexen Technologie **8**
BRZ-Blockchain-Experte DI Michael Hauenschield im Interview **11**
Use Cases around the World **12**

Transformation
ÖBB setzen auf E-Rechnung **14**
Das neue Clearingservice des BRZ **14**
innovate_it: Erfolgreich scheitern **15**
Hybride Rückscheinbriefe **16**

BRZ Inside
Interview mit dem neuen HR-Leiter Mag. Dietmar Eglhofer **18**
Ist Ihr Unternehmen fit für die neue EU-Datenschutzverordnung? **20**
secure_it: Auswirkungen der DSGVO auf die Online-Kommunikation **21**

International
EU-Projekt: Cloud for Europe **22**
IT in Zahlen **23**



Liebe Leserinnen und Leser!

Als führender Innovationspartner der öffentlichen Verwaltung richtet das BRZ seine Unternehmensstrategie entsprechend zukunftsorientiert aus. Passend dazu – schlanker, moderner, und zeitgemäßer – wurde der gesamte Außenauftritt komplett überarbeitet. Zur erfolgreichen Umsetzung und als sichtbarer Ausdruck der Neupositionierung und der Corporate Identity wurde das Branding an die aktuelle Digitalisierungsstrategie angepasst.

Der neue Markenauftritt visualisiert Themen wie Big Data, Cognitive Computing, Artificial Intelligence oder Blockchain, mit denen sich das BRZ im Rahmen der digitalen Transformation auseinandersetzt. Dem entspricht nicht nur das rundereuerte Look and Feel von read_it, auch thematisch können Sie hier über Zukunftstrends, die die öffentliche Verwaltung maßgeblich prägen und verändern werden, lesen. Mit Sicherheit innovativ ist nicht nur das BRZ, mit Sicherheit innovativ sind auch unsere Themen.

Im Fokus dieser Ausgabe steht die Blockchain. Mit der revolutionären Technologie könnten viele Prozesse automatisiert durchgeführt werden – transparent und fälschungssicher. Wo lässt sich eine Blockchain in der Verwaltung sinnvoll einsetzen? Welche praktischen Beispiele gibt es bereits? Was macht das BRZ, um die Umsetzung von Use Cases anzustoßen? Was sagen IT-Experten zum Thema, welche Meinungen und Standpunkte vertreten sie? Die Antworten dazu finden Sie ab Seite 8.

Cognitive Computing und Artificial Intelligence sind die Basis für Chatbots. Immer mehr Unternehmen setzen darauf und auch die Verwaltung profitiert davon. Virtuelle Amtshelfer werden menschliche Auskunftspersonen nicht ersetzen, aber sie erleichtern ihnen (und vor allem uns als Bürgerinnen und Bürgern) das (Arbeits-)Leben. Aber es muss nicht künstliche Intelligenz sein, die Prozesse effizienter macht. Von der E-Rechnung über den E-Personalakt bis zur E-Zustellung – Digitalisierung bringt allen was. Das und vieles mehr erwartet Sie auf den nächsten Seiten.

Viel Vergnügen beim Lesen – read_it and enjoy_it

Mag. Alexander Aigner
Chefredakteur

Impressum
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Bundesrechenzentrum GmbH, Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien, E-Mail: read_it@brz.gv.at
Chefredaktion: Mag. Alexander Aigner. Redaktionelle Mitarbeit: Mag. Daniel Rosenauer. Gestaltung und Produktion: AwG Verlag GmbH, www.awg-verlag.at
Fotos/Illustrationen: APA-Auftragsgrafik (S. 12/13), Alexander Aigner (S. 11 & 22), Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH (S. 11), Fotomontage: Christina Gattinger (S. 4), Walter Hainzl (S. 4), istockphoto (S. 5), Oesterreichische Kontrollbank AG (S. 9), ÖBB/Eisenberger (S. 14/15), Daniel Rosenauer (S. 18/19), shutterstock (S. 7), Elena Treiber (S. 16), Klaus Vyhnaek (S. 15 & 17)
Druck: Ueberreuter Print & Packaging GmbH

Mineralöl, Tabak & Alkohol

Bewilligt. SEED – System for Exchange of Excise Data – ist eine Anwendung zur Verwaltung von Verbrauchsteuerbewilligungen. Jede/r, die/der mit Mineralöl, Tabak oder Alkohol handelt, benötigt eine solche Lizenz. Verbrauchsteuerbewilligungen können sowohl an Personen als auch an Firmen vergeben werden. In einer solchen Bewilligung sind die Basisdaten für EU-weite und nationale Verbrauchsteuerverfahren enthalten.

Das BRZ hat für Österreich und Luxemburg eine Gesamtlösung zur Verwaltung von nationalen und EU-Verbrauchsteuerbewilligungen umgesetzt, die die Betriebskosten für das Bundesministerium für Finanzen um 30 % gesenkt hat. Neben diesen Einsparungen sind v. a. die Usability und die Mandantenfähigkeit von SEED hervorzuheben.

Das Projekt wurde vom BRZ nach dem Vorgehensmodell Scrum agil umgesetzt. Dadurch wurde die Entwicklung zügiger realisiert und durch die kürzeren Feedbackzeiten – auch über Ländergrenzen hinweg – war es rascher möglich, auf Änderungswünsche einzugehen. „Der Einsatz neuer Technologien wirkte sich positiv auf die Motivation im Team aus, der Wissensaufbau war enorm. Wir können bei künftigen Projekten auf dem Know-how aus SEED aufbauen“, so BRZ-Projekt-Architekt Philipp Lohmeyer. ■



Cyber Security: Für den Ernstfall gewappnet

Relaunch. onlinesicherheit.gv.at präsentiert sich in neuem Gewand: übersichtlicher, praxisorientierter und stets am Puls der Zeit. Nach dem Motto „Für mehr Sicherheit in der digitalen Welt“ stellt das Portal Informationen zu Sicherheitsrisiken, Technologietrends und Präventionsmaßnahmen zur Verfügung. Beispielsweise werden neueste Tricks von Cyberkriminellen wie URL-Padding (URLs beginnen z. B. mit m.facebook, führen aber zu völlig anderen Seiten) vorgestellt. Vorschläge für Gratis-Softwaretools zum Schutz von Geräten und der Privatsphäre helfen dabei, die Tipps

auch anzuwenden. Sollte es trotz aller Vorsichtsmaßnahmen doch zum Ernstfall kommen, heißt es, richtig zu reagieren. Der neu eingerichtete Erste-Hilfe-Bereich unterstützt bei der Datenrettung. „Um sich vor Cyber-Risiken effektiv zu schützen, braucht es neben technischen und organisatorischen Maßnahmen vor allem mehr Sicherheitsbewusstsein“, erklärt Markus Kloibhofer, Informationssicherheitsbeauftragter des Bundesministeriums für Finanzen. onlinesicherheit.gv.at wird im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundeskanzleramts vom BRZ betrieben. ■

420 Meter für das AMS eingescannt



Aus Papier wird E-Paper.

Digitalisiert. Im Laufe der Zeit haben sich in der AMS-Geschäftsstelle Prandauergasse im 22. Bezirk in Wien sage und schreibe 420 Laufmeter Papierakten angesammelt – nun wurde die Geschäftsstelle übersiedelt und es stellte sich die Frage: Was macht man in so einem Fall mit den fünf Tonnen Akten? Einfach als Altpapier entsorgen, aber

nicht bevor es vom BRZ digitalisiert wurde. Das BRZ hat das Einscannen der Akten innerhalb von fünf Wochen erledigt. Die Dokumente stehen in der neuen Geschäftsstelle nun elektronisch zur Verfügung. Weitere Scan-Projekte werden in den AMS-Geschäftsstellen Esteplatz in Wien und in Traun durchgeführt. ■

No-Stop-Shop: Ihr Geld kommt automatisch

Steuerausgleich. Pro Jahr machen etwa 3,4 Millionen Österreicher/innen einen Steuerausgleich und bekommen dabei im Schnitt mehr als 200 Euro zurück. Dennoch reichen Hunderttausende keine Arbeitnehmerveranlagung ein und verzichten damit auf ihre Gutschrift. Ab sofort kann das nicht mehr passieren. Mit der Steuerreform 2015/2016 wurde die gesetzliche Grundlage für die sogenannte antragslose Arbeitnehmerveranlagung geschaffen. Diese erfolgt dann, wenn sich auf Grundlage der aus den Lohnzetteln bekannten Höhe der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit für die Steuerpflichtige/den Steuerpflichtigen eine Steuergutschrift ergibt. Sind alle erforderlichen Daten vorhanden, bekommen Steuerpflichtige unabhängig von einem Antrag zu viel bezahlte Lohnsteuer automatisch zurückerstattet. Das passiert dann, wenn bis Ende Juni 2017 keine Arbeitnehmerveranlagung für 2016 eingereicht wurde.

Antragslos & effizient
Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sorgt für mehr Effizienz, etwa wenn vorhandene Daten sinnvoll

verknüpft und genutzt werden. Auf dieser Basis funktionieren No-Stop-Shops. In Österreich gibt es dazu bereits Best Practices wie die ebenfalls antragslose Familienbeihilfe, bei der Familien nach der Geburt eines Kindes automatisch die

Familienbeihilfe erhalten. Die vom BRZ technisch realisierte antragslose Arbeitnehmerveranlagung ist ebenfalls eine Transaktion, bei der die Betroffenen nichts aktiv tun müssen. Das spart der Verwaltung Kosten und den Bürger/innen Zeit. ■

**3,4 Millionen
Österreicher/innen**

machen pro Jahr einen Steuerausgleich.

200 Euro

bekommen sie im Schnitt zurück.

1 Million Bürger/innen

profitieren von der antragslosen Arbeitnehmerveranlagung.

Weniger Zeitaufwand
für jede/n Einzelne/n
dank der antrags-
losen Arbeitnehmer-
veranlagung.

BRZ GoverSAM: Keine Angst vor Audits

Lizenzierung. Microsoft, IBM, Oracle, SAP ... Jeder dieser Hersteller prüft regelmäßig die korrekte Nutzung der Softwarelizenzen seiner Kunden. Warum? Laut Studien sind fast 40 Prozent der weltweit genutzten Software nicht oder falsch lizenziert. Komplexe Lizenznutzungsbestimmungen, die sich noch dazu ständig ändern, erschweren den vertragskonformen Einsatz von Software. Die falsche Nutzung ist also oft gar keine Absicht. Da bei einer Vertragsverletzung meist Pönalen fällig sind, kann missbräuchliche Nutzung jedoch teuer werden. Nur wer sich aktiv

und langfristig mit dem Management seiner Softwarelizenzen beschäftigt, ist bei solchen Audits immun. Transparenz ist dabei oberstes Gebot: Wo ist welche Software wie im Einsatz, welche Vertragsbestimmungen gelten dabei und was bedeuten diese?

Automatisch up to date
BRZ GoverSAM ist eine Software-Asset-Management-Lösung, die die Verwaltung bestehender Lizenzen unterstützt oder diese übernimmt. Ein Ziel ist Kostenoptimierung durch effiziente Nutzung von Software. Auch

der Aufwand eines Audits kann damit reduziert werden. Unter Gewährleistung aller Sicherheitsanforderungen im Umfeld der öffentlichen Verwaltung bietet das BRZ mit diesem Service ein maßgeschneidertes Produkt, das die individuellen Bedürfnisse jedes Kunden berücksichtigt. Zu den Vorteilen von BRZ GoverSAM gehören die automatisierte Erstellung einer Lizenzbilanz, die optimierte Lizenzverwaltung, eine Minimierung der lizenzrechtlichen und juristischen Risiken und eine Erleichterung der Planung für künftige Software-Investitionen. ■

Innovatives Personalmanagement wurde runderneuert

Mit dem elektronischen Dokumentations- und Prozessmanagement (eDokPro) hat das BRZ ein Service entwickelt, das für den Bund und die TU Wien im Einsatz ist, aber auch in Gemeinden, Ländern oder anderen Universitäten eingesetzt werden kann.

Zielorientiert. In der Bundesverwaltung werden Personalprozesse schon seit über fünf Jahren digitalisiert durchgeführt. Das macht der Elektronische Personalakt möglich, der u. a. im Bundesministerium für Finanzen, dem Justizministerium und der TU Wien zum Einsatz kommt. Technologisch wurde das IT-Verfahren eDokPro, bestehend aus den Anwendungen Elektronischer Personalakt und Elektronische Personalgeschäftsprozesse, basierend auf Open-Source-Technologien umgesetzt und somit komplett runderneuert.

HR-Verwaltung automatisieren

Mittels der Anwendung Elektronische Personalgeschäftsprozesse (ePGP) können klassische Geschäftsfälle der Personalverwaltung über den gesamten Lifecycle Workflow-gesteuert abgewickelt werden. Das ermöglicht die Automatisierung vieler Verwaltungstätigkeiten. Personalgeschäftsprozesse können somit IT-gestützt vereinheitlicht und durch den Fachbereich administriert werden. Innerhalb der Personalgeschäftsprozesse stehen unter anderen diese Funktionalitäten zur Verfügung: Nutzung unterschiedlicher Prüfungs- sowie Genehmigungsmechanismen, Dokumentenerzeugung basierend auf elektronischen Vorlagen, digitale Signatur von Dokumenten im Prozess sowie digitaler Versand von Prozessergebnissen und Informationen. Durch die angebotenen Funktionalitäten können in der Anwendung ePGP u. a. Anträge, Genehmigungen und Erledigungen dienstverhältnisrelevanter Ereignisse abgebildet und deren Ergebnisse abgelegt werden.

Immer und überall strukturiert verfügbar

Der Elektronische Personalakt (ePA) ermöglicht die strukturierte und digitalisierte Ablage von Personaldokumenten



Alexander Thaler, BRZ-Projektleiter

„Durch das **elektronische Dokumentations- und Prozessmanagement** wird die Strategie des Bundes zur digitalen Transformation unterstützt.“

und unterstützt bei der Verwaltung von Personalakten in elektronischer Form. Die sichere Ablage wird durch die Nutzung eines nicht veränderbaren elektronischen Archivs gewährleistet. Mit der Ablöse von Papierakten im Zuge der ePA-Einführung werden heterogene Ablagesysteme konsolidiert. Die Lösung bietet eine strukturierte Ablage digitaler Dokumente in einem elektronischen Akt und in einer von Kunden definierten Ablagestruktur.

Effizienz durch Digitalisierung

Der runderneuerte Elektronische Personalakt wurde 2016 initial an der TU Wien, Arbeitgeberin für rund 4.500 Mitarbeiter/innen, eingeführt. „Für unsere Mitarbeiter/innen wurde davor eine Personalakte in Papierform geführt. Es gab keine einheitliche Aktenstruktur. Zusätzlich fielen Lagerkosten an“, erklärt Mag. Anna Steiger, TU-Vizektorin für Personal und Gender. Im Fokus der neuen elektronischen Lösung, die das BRZ umgesetzt hat, steht die Zentralisierung, Vereinheitlichung und Automatisierung der Verwaltungstätigkeit.

Einheitliche Standards für alle

Danach wurde die Einführung des runderneuerten IT-Verfahrens eDokPro sukzessive bei den Bestandskunden (z. B. Justizministerium und Bundesamt

für Soziales und Behindertenwesen) fortgesetzt. Im Zuge der Einführung wurden 33.500 Personalakten und 79.000 Personalgeschäftsprozesse aus dem abzulösenden System migriert. Auf der neuen Plattform werden derzeit monatlich rund 2.000 Prozesse abgearbeitet.

Synergieeffekte gemeinsam nutzen

Bei der Umsetzung des IT-Verfahrens eDokPro stand die Schaffung einer Produkt- und Mandantenfähigkeit im Vordergrund. Damit steht einem möglichen Roll-out bei anderen BRZ-Kunden nichts im Wege. Ressort- und organisationsübergreifende Synergieeffekte, etwa bei den Betriebskosten und der Umsetzung neuer Funktionen, können so leicht realisiert werden. Ein mandantenfähiges System garantiert unterschiedlichen Kunden die getrennte Administration ihrer Daten und die damit verbundene Datensicherheit. ■

Vorteile

- > Integration in bestehende Systemlandschaften
- > kundenspezifisch konfigurierbare Prozesse
- > kundenspezifisch konfigurierbare Akten-/Dokumentenstruktur
- > individuelles Branding
- > Integration von Signaturservices

Rund um die Uhr für alle da

Virtuelle Assistenten und Chatbots revolutionieren schon jetzt Kunden-Services. Menschliche Kolleginnen und Kollegen werden dadurch mehr für höherwertige oder komplexere Arbeit verfügbar.

Automatisierung. „Ich ziehe um, was muss ich da beachten?“ „Gibt es einen Direktflug nach Tokio?“ „Welche öffentlichen Garagen in Graz haben noch freie Dauerparkplätze?“ Immer mehr Unternehmen wie z. B. Wien Energie oder Austrian Airlines setzen bei ihrer Online-Kommunikation auf Chatbots – das sind Programme, die Nachrichten automatisiert beantworten. Eine logische Entwicklung: Bis 2020 werden bis zu 80 Prozent aller Interaktionen mit Unternehmen online stattfinden – wie die Chatbot-Expertin und Software-Entwicklerin Barbara Ondrisek in einem Kurier-Interview schätzt. Langfristig betrachtet ist es sinnvoll, Webservices mit Chatbots neu aufzustellen. Anfragen an Firmen oder Organisationen wiederholen sich erfahrungsgemäß in 80 Prozent aller Fälle. Eben solche, meist einfache Fragen können automatisch – und das noch dazu rund um die Uhr – beantwortet werden.

Auch die Verwaltung profitiert

Die Verwaltung profitiert ebenfalls von Chatbots. Neben Vorreitern wie der Stadt Wien ist auch das Bundesministerium für Finanzen stets bestrebt, moderne und effiziente Online-Dienstleistungen anzubieten. Das hebt die Service-Qualität für die Bürger/innen und führt gleichzeitig zu Vereinfachungen und Effizienzsteigerungen der Arbeitsprozesse aller BMF-Mitarbeiter/innen. Gemeinsam mit dem BRZ wird an einem intensiven Ausbau der digitalen Prozesse gearbeitet. Die Vision dabei ist die Schaffung eines persönlichen, digitalen E-Tax-Assistenten.

Alles im virtuellen Kopf

Kunden sollen mit der Assistenz dieses virtuellen Amtshelfers ihre Steueranliegenheiten einfacher und sicherer verwalten können. Fehlervermeidung und bessere Übersicht zählen zu den Stärken des virtuellen Assistenten.

Dieser stellt dem/der Steuerpflichtigen z. B. Basisinformationen zu Terminen, Fristen, Fälligkeiten, Statusinfos oder Benchmarks zur Verfügung. Er kann aber auch auf Fragen antworten und stellt selbst Fragen, um den/die User/in besser zu beraten. Außerdem stellt der digitale Amtshelfer Videos und Ratgeber zur Verfügung. Auf Basis von Machine Learning können virtuelle Assistenten laufend optimiert werden.

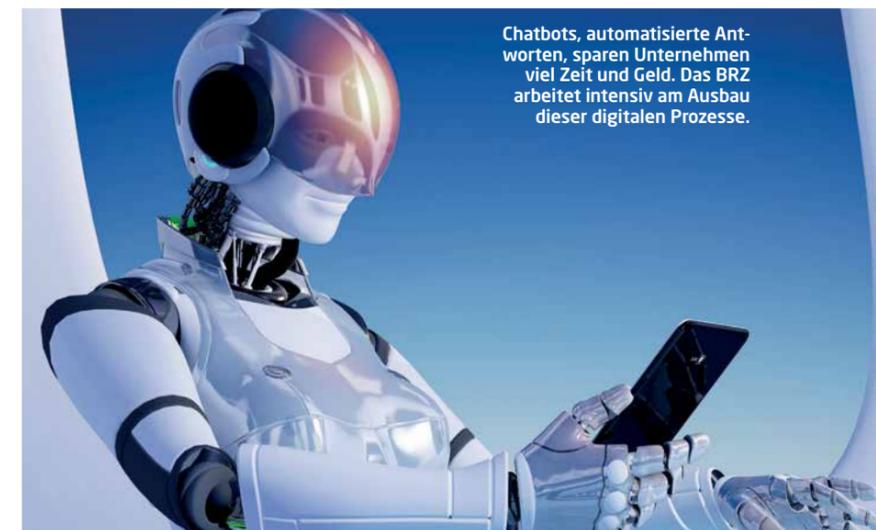
Neue Art der Informationsaufbereitung

„Komplexe Themen werden natürlich auch künftig Menschen abdecken. Chatbots werden die Mitarbeiter/innen der Verwaltung also nicht ersetzen, sie aber massiv entlasten. Die können sich dann auf die wirklich kniffligen Fälle konzentrieren und werden nicht mit den ewig gleichen Anfragen konfrontiert“, verspricht Matthias Lichtenthaler, Bereichsleiter Digitale Transformation im BRZ. „Das Einsparpotenzial durch diesen neuen Ansatz ist jedenfalls enorm.“ Neben der Kosteneinsparung beim Support ist ein weiteres Ziel, die

Tax-Compliance durch „Nudging“ – auf gut Deutsch den berühmten Wink mit dem Zaunpfahl – zu erhöhen. Mit Sätzen wie „Gratulation, Sie haben in den letzten 3 Jahren immer pünktlich Ihre Erklärungen abgegeben!“ motivieren virtuelle Assistenten und heben so die Steuer-Compliance.

Virtuell und vielfältig im Einsatz

Die Möglichkeiten, die virtuelle Helfer bieten, sind mannigfaltig. Ein weiteres Einsatzgebiet wären klassische Informationsportale wie help.gv.at. „Chatbots müssen hier die Fülle der Inhalte semantisch erfassen und begreifen lernen. Erst dann können sie logisch und sinnvoll miteinander in Verbindung gesetzt werden“, so Lichtenthaler. „Ziel ist es, Fragen möglichst menschlich zu beantworten. Das Ergebnis ist dann kein Link auf ein schwer verständliches Dokument, sondern eine schnell erfassbare und verständliche Antwort. Kontextualisierte Informationsbausteine sind der Schlüssel zu komprimierten, leicht verdaulichen Informationen auf dem silbernen Tablett.“ ■



Chatbots, automatisierte Antworten, sparen Unternehmen viel Zeit und Geld. Das BRZ arbeitet intensiv am Ausbau dieser digitalen Prozesse.

Im Zeichen der Blockchain

Bekannt ist sie als Basis der Kryptowährung Bitcoin. Die Blockchain – eine komplexe Technologie, die völlig ohne zentrale Instanzen auskommen will, neue Freiheiten und Transparenz verspricht, mit der Chance, ganze Branchen zu verändern. Eine Potenzialanalyse.



Visionär. Ist die Blockchain-Technologie wirklich eine der wichtigsten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte? Ob das mit Ja beantwortet werden kann, wird sich noch zeigen. Nicht umsonst gibt es das Zitat: „Wir sind heute mit Bitcoin dort, wo das Internet 1997 war.“ Oliver Flaskämper, deutscher Serial-Entrepreneur, Business-Angel und Investor, bezieht sich damit einerseits auf das Potenzial, das Blockchain nachgesagt wird, zeigt aber auch klar, dass es noch ein weiter Weg ist. Ob sich das Thema Blockchain wirklich zum nächsten Internet entwickelt, hängt stark davon ab, welche technologischen Entwicklungsschritte noch gemacht werden.

Doch der Reihe nach... Blockchain (dt.: Blockkette) ist eine dezentrale Datenbank, die eine stetig wachsende Liste von Transaktionsdatensätzen registriert. Dezentral

bedeutet, dass das Protokoll nicht auf einem Server liegt, sondern über viele Computer verteilt ist. Auf jedem Rechner liegt also immer die komplette Blockchain. Die Datenbank wird chronologisch linear erweitert, vergleichbar einer Kette, der am unteren Ende ständig neue Elemente (= Blöcke) hinzugefügt werden. Jeder Block enthält eine Prüfsumme des vorhergehenden Blocks. Die Einträge sind somit schreibgeschützt und unveränderlich. So bilden im Lauf der Zeit alle Blöcke, die über kryptografische Funktionen untrennbar miteinander verbunden sind, eine Kette, die immer weiter wächst.

Manipulationen ausgeschlossen
Vor der Blockbildung wird die Gültigkeit einer Transaktion geprüft. So werden Manipulationen ausgeschlossen und es wird sichergestellt, dass die Transaktion korrekt ist. Jeder darf neue Einträge zur Blockchain hinzufügen, bestehende Einträge sind jedoch schreibgeschützt und können nachträglich nicht mehr verändert werden. In einem dezentralen System wie der Blockchain-Technologie gibt es keinen zentralen Verwalter mehr, der sagt, was richtig und was falsch ist. Wahr ist einfach das, was die Mehrheit sagt. Die Fähigkeit zur dezentralen Konsensbildung und die Sicherstellung von Nachvollziehbarkeit und Transparenz machen das Konzept der Blockchain über den Finanzsektor hinaus für eine Vielzahl weiterer Anwendungsfälle interessant.

Einsatz in der öffentlichen Verwaltung
Prinzipiell kann statt einer Public Blockchain,

in der die Transaktionen in einem offenen, für jeden zugänglichen Netzwerk durch alle User gemeinsam durchgeführt und validiert werden, auch eine Private Blockchain zum Einsatz kommen. Das technologische Grundprinzip bleibt gleich, allerdings werden die Transaktionen in einem geschlossenen System von den „eingeladenen“ Usern überprüft. Dies bietet sich für eine Anwendung in der öffentlichen Verwaltung an. Wie die Blockchain-Technologie in der öffentlichen Verwaltung konkret eingesetzt werden kann, ist auch Inhalt einer Reihe von Workshops der Digital Information Management Community Austria (DIMCA). Dieses BRZ-Informationsnetzwerk hat ein Ziel: Vertreter/innen aus der Privatwirtschaft und Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung zu aktuellen Trends der digitalen Transformation an einen Tisch zu bringen. „Diskussionen zu solchen Themen sind wichtig“, betont Matthias Lichtenthaler, Bereichsleiter Digitale Transformation im BRZ. „Aber: Als Initiator der DIMCA ist es mir noch wichtiger, im Rahmen von Innovationsworkshops konkrete Use Cases für Pilotprojekte zu identifizieren und schließlich gemeinsam umzusetzen.“

Use Cases aus BRZ-Workshops
Im Rahmen der DIMCA-Workshops wurden folgende Fragen behandelt: Wie könnte das Grundbuch mit einer Blockchain abgesichert werden? Wie könnte eine elektronische Identifizierungslösung, mit der die Bestell- und Lieferkette von Medikamenten nachverfolgt werden kann, aussehen? Eine weitere Teilnehmergruppe überlegte sich den Nutzen – sowohl für die Verwaltung als auch für die Bürger/innen – und die Möglichkeiten von E-Partizipation. Weitere Use Cases waren eine elektronische Dokumentenmappe sowie die Kreation einer sicheren digitalen Identität. Das zeigt, dass die Anwendungsmöglichkeiten der Blockchain-Technologie vielfältig sind und sich nicht auf den Finanzsektor beschränken. „Mittlerweile gibt es auch für die öffentliche Verwaltung Use Cases, die von der Blockchain-Technologie profitieren können. Aktuell befindet sich aber der Großteil der laufenden Projekte noch in einer Proof of Concept- oder Pilotphase“, so Lichtenthaler.

Potenzielle Chancen nutzen
Potenzial sieht er vor allem in der Umsetzung von Use Cases, die sich mit der Absicherung von Prozessketten oder der Nachverfolgung von Identitäten über einen Lebenszyklus beschäftigen. Mit Identitäten sind hier nicht nur Personen gemeint, sondern auch Dinge wie Fahrzeuge, Dokumente, Häuser oder Medikamente. Schweden hat bereits ein Blockchain-Pilotprojekt im Bereich Grund-



Blickwinkel



Heinz Wachmann
Projektleiter Blockchain-Technologien in der OeKB IT

Transparenz, Datenintegrität

Die Oesterreichische Kontrollbank AG (OeKB) ist Österreichs zentraler Finanz- und Informationsdienstleister für Exportwirtschaft und Kapitalmarkt. Im Auftrag der Republik Österreich fungiert die OeKB unter anderem als zentrale Vergabestelle für Wertpapierkennnummern zur weltweit eindeutigen Identifizierung österreichischer Wertpapiere.

Hohe Qualitätsstandards in Bezug auf Datenqualität, Zugriffsberechtigung, Kosteneffizienz und die Einhaltung aller gesetzlichen Anforderungen sind dabei eine Grundvoraussetzung. Mit der Blockchain-Technologie öffnet sich hier ein Fenster, mit dem Qualitätsansprüche und Sicherheitsvorstellungen noch gesteigert werden können.

Die verteilte Datenhaltung, das Kernstück einer Blockchain, spart Rechenzentrumskosten und macht Datenverluste extrem unwahrscheinlich. Darüber hinaus kann auch die Integrität von Daten nachgewiesen werden. Auch das Verwalten digitaler Identitäten oder von Herkunftsnachweisen von Produkten oder Rohstoffen ist mit der Blockchain realisierbar. Als besonders wertvoll ist heutzutage die Resistenz gegen Cyberangriffe oder etwaige Manipulationsversuche zu bewerten.

„Mit der **Blockchain-Technologie** öffnet sich ein Fenster, mit dem Qualitätsansprüche und Sicherheitsvorstellungen noch weiter gesteigert werden können.“

Eine Blockchain bietet die Chance, zahlreiche Prozesse, die hinter den Kapitalmarktaktivitäten stecken, noch effizienter, kostengünstiger, sicherer und rascher durchführen zu können. Der erste Eindruck einer Blockchain ist somit ein sehr positiver. Transparenz, Vertrauenswürdigkeit und Datenintegrität sind per Design vorhanden. Ein hohes Sicherheitsniveau und Kosteneffizienz sind bei einem richtigen Einsatz dieser Technologie gewährleistet.

Dennoch bedarf es einer differenzierten und ganz genauen Betrachtung des Potenzials. Besonders die Konsequenzen der Implementierung einer Blockchain für Services wie Intermediärfunktionen, die Finanzdienstleister generell wahrnehmen, gilt es zu analysieren. Eines ist klar, Blockchain bietet Chancen und Herausforderungen zugleich. Das Bewusstsein darüber und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Thematik müssen daher eine Selbstverständlichkeit im aktuellen Diskurs sein. ■

Blockchain als Zukunftschance

Thema	bisher	Was ist anders mit der Blockchain-Technologie?
Vertrauen & Rechtssicherheit	Vertrauenswürdiger Intermediär als „Clearingstelle“ notwendig (z.B. Staat – Beamte können aber bestochen werden)	Angriffspunkt für Korruption wird ausgeschaltet, da kein Intermediär notwendig
Ausfallsicherheit & Verfügbarkeit	Back-up notwendig	Auf Grund von Verteilung der Nodes kein Back-up notwendig – spart Ressourcen; außerdem können einzelne Nodes in Wartung gehen
Fälschungssicherheit (auch zeitlich)	Daten (z.B. falsche Identitäten) können historisch gefälscht werden	Keine historische Fälschung möglich, da man bei der Schaffung der Identität (also z.B. der Geburt eines Menschen) beginnen hätte müssen
Transparenz	Intermediär steuert, wer welche Informationen erhält	Alle Daten sind für alle Partner gleichermaßen transparent



Blickwinkel



Rolf-Dieter Kargl, LL.M (WU)
Datenschutzexperte und Leiter des Teams
Legal bei IoT Austria

Gesetzeslücken?

Private und staatliche Anwendungsbereiche der Blockchain-Technologie lassen die Frage aufkommen, wie diese reguliert werden können und müssen. Fraglich ist, ob der bestehende Rechtsrahmen für eine derartige Technologie geeignet ist. Eine Technologie, mit der künftig jegliche Art von Verträgen im privatrechtlichen Bereich und behördliche Eingaben abgewickelt werden können. Für die Steuerbehörden stellt sich die Frage, ob mit Hilfe der Blockchain eine Steueroase geschaffen wird, oder ob die Behörden selbst die Technologie zur effizienteren Kontrolle verwenden können. Der Austausch von kryptischem Geld stellt derzeit den Hauptanwendungsfall dar, schaffte Schlupflöcher und leitete zahlreiche steuerrechtliche Diskussionen ein. Sicher ist, dass die Blockchain-Technologie eine Chance für eine effizientere staatliche Verwaltung ist. Denkbar ist der Einsatz bei Grund- oder Firmenbüchern, Melderegistern, bei der Gewerbeanmeldung oder bei der Bekämpfung von Steuerbetrug durch die Steuerbehörden. So wurde z. B. in Schweden im März ein neues Grundbuchsystem auf Basis der Blockchain getestet.

All dies führt zu einer Disruption der juristischen Tätigkeitsfelder und der Verwaltung. Durch Smart Contracts können Treuhandschaften, Vertragsgestaltungen und Vertragsabwicklungen vereinfacht werden; ergo bedarf es keines zusätzlich zwischengeschalteten Juristen mehr. Auch können Eingaben bei Behörden weitgehend automatisiert werden, was wiederum zu einer Personaleinsparung führen wird.

Dem gegenüber stehen die Steigerung des Vertrauens und die Vereinfachung des täglichen Lebens. Dies zeigt vor allem die datenschutzrechtliche Betrachtungsweise der Blockchain. Da nach Eingabe der Daten eine

„Es ist fraglich, ob der bestehende **Rechtsrahmen für eine derartige Technologie**, mit der Verträge im privatrechtlichen Bereich und behördliche Eingaben abgewickelt werden können, geeignet ist.“

Abänderung ohne Abstimmung der Beteiligten nicht mehr möglich ist, lässt sich eine Erhöhung des Schutzes der Datenintegrität sicherstellen. Somit können mittels Blockchain-Technologie die bei der Transaktion verarbeiteten personenbezogenen Daten verstärkt geschützt werden.

Es wird die Aufgabe der Forschung sein, die noch bestehenden rechtlichen Fragen dieser Technologie zu beantworten, bevor es zu einer Disruption in der Verwaltung kommen wird – welche allerdings im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung angestrebt werden muss. ■

buch im Einsatz und Estland testet die digitale Staatsbürgerschaft basierend auf Blockchain. Die DIMCA-Workshops haben bewiesen, dass das Interesse an der Blockchain-Technologie groß ist. Sowohl die öffentliche Verwaltung als auch Unternehmen aus der Privatwirtschaft und Partnerfirmen sind daran interessiert, Anwendungsfälle zu finden und hinsichtlich Umsetzbarkeit und Nutzenpotenzialen zu evaluieren. DI Michael Hauenschild, Blockchain-Experte im BRZ: „Bei den Workshops ist mir aufgefallen, dass vor allem Bitcoin und Smart Contracts viel zum Bekanntheitsgrad der Blockchain-Technologie und zum Hype beigetragen haben. Anwendungsfälle, die auf eine digitale Währung verzichten und auf die Absicherung von Informationen oder Prozessketten fokussieren, sind interessanterweise weniger bekannt. Dabei wären diese kurzfristig leichter umsetzbar.“

Konkrete Umsetzung in Kürze

Das BRZ wird demnächst konkrete Vorschläge zur Umsetzung von Pilotprojekten für die in den Workshops identifizierten Use Cases erarbeiten. Das BRZ versteht sich dabei als Enabler, der den Anstoß gibt und sich dann gemeinsam mit seinen Kunden aus der Verwaltung aktiv daran beteiligt. Als Basis-Technologie bringt Blockchain jedenfalls große und vielversprechende Chancen mit sich. Dem End-User wird in vielen Fällen aber gar nicht bewusst sein, ob eine herkömmliche Datenbank oder eine Blockchain unter der Anwendung liegt.

Land der Berge, Land der Blockchain

Auch die Politik hat das Potenzial der Technologie erkannt. Neben dem vom Bundeskanzleramt initiierten Blockchain-Village-Netzwerk (siehe S. 13) hat das Wirtschaftsministerium in Kooperation mit der heimischen Bitcoin- und Blockchain-Industrie eine „Blockchain Roadmap“ für Österreich ausgearbeitet. Dieser Fahrplan soll den Weg Österreichs in eine Zukunft ebnen, in der das kleine Land in der Mitte Europas sich als „Web 3.0“-Standort etablieren kann. „Wer Innovationsführer werden will, muss tabulos neue Wege gehen und sich schon heute mit jenen Technologien beschäftigen, die morgen viele Bereiche unseres Lebens betreffen werden. Dazu zählt das gesamte Thema rund um ein dezentrales digitales Netz und Blockchain. Diese Technologie hat unglaubliches Potenzial und gehört zu den sichersten und transparentesten Systemen, um Daten zu verwalten und Werte auszutauschen“, so Dr. Harald Mahrer, Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, im Vorwort zur Roadmap. ■

„Ob eine Blockchain einen Mehrwert bieten kann, hängt von den Zielen ab“

Der Blockchain-Experte im BRZ, DI Michael Hauenschild, spricht über die Chancen und die Sinnhaftigkeit der Technologie und warum die Verwaltung und die Wirtschaft von großen Hypes profitieren können.

Viele Menschen haben den Begriff Blockchain noch nie gehört. Wie erklären Sie diese Technologie einem Laien?

Bei der Blockchain handelt es sich um ein öffentliches, digitales Register. Mehrere Partner eines gleichberechtigten Computer-Netzwerkes besitzen je eine idente Kopie davon. Die Partner können die Einträge entweder nur lesen oder auch neue Einträge hinzufügen. Da eine Manipulation des Registers bei allen Partnern zur selben Zeit und unter Einhaltung bestimmter Spielregeln erfolgen müsste, gilt es als fälschungssicher. Es ist daher auch für Partner, die einander nicht vertrauen, geeignet. Aufgrund der verteilten Kopien ist es wesentlich ausfallsicherer, als wenn das Register nur an einer zentralen Stelle aufbewahrt wird.

Was ist das Besondere daran?

Aus technischer Sicht handelt es sich bei einer Blockchain um eine unveränderbare, verteilte Datenbank. Die Unveränderlichkeit entsteht durch die kryptografischen Methoden, durch die die Blöcke in Ketten zusammengefasst sind. Die Besonderheiten der Blockchain lassen sich aus den beiden Kerneigenschaften Dezentralität und Transparenz ableiten. Transparenz bedeutet, dass jeder Partner alle Daten und Transaktionen lesen und überprüfen kann. Damit schafft eine Blockchain Vertrauen zwischen den einzelnen Partnern. Durch die Dezentralität ergibt sich eine systemimmanente Ausfallsicherheit. Ohne zentrale Instanz können einzelne Teile des Netzwerks ausfallen, ohne den Betrieb der Blockchain zu gefährden – somit sind keine zusätzlichen teuren Back-ups notwendig.

Blockchains gelten als ineffizient. Erfüllt nicht eine sichere, zentrale Datenbank denselben Zweck?

Es liegt in der Natur der Technik, dass Blockchains aufgrund der Verteilung langsamer sind als zentrale Datenbanken. Ob eine Blockchain aber trotzdem einen Mehrwert bieten kann, hängt davon ab, was erreicht werden soll. Das finden Sie am einfachsten heraus, indem Sie sich die folgenden Fragen stellen:

1. Ist Vertrauen zwischen den Partnern ein Problem und profitieren sie daher von Transparenz?

2. Ist Redundanz und die damit verbundene Ausfallsicherheit ein kritischer Faktor? Wenn Sie beide oder zumindest eine Frage mit Ja beantworten können, dann kann die Blockchain-Technologie einen Mehrwert bieten. Sind Vertraulichkeit und Performance wesentliche Faktoren und wichtiger als Transparenz und Redundanz, dann ist die Blockchain-Technologie vermutlich wenig sinnvoll.

In den Niederlanden erhofft man sich durch den Einsatz der Blockchain wesentliche wirtschaftliche Impulse. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Die Blockchain ist wahrscheinlich DAS Thema der letzten Monate. Das ist sehr spannend, da viele Unternehmen und Start-ups, aber auch Forschungseinrichtungen sich intensiv damit beschäftigen. Auf der anderen Seite ist Blockchain ganz klar auch ein Hype. Ich bin dennoch davon überzeugt, dass es sich auf alle Fälle lohnt, in die Blockchain-Technologie im Rahmen von Pilotprojekten bereits heute zu investieren, um selbst Erfahrungen zu sammeln. Nur so können wir Auswirkungen der Technologie und das Zusammenspiel mit bestehender Infrastruktur evaluieren. Im Worst Case dient der Blockchain-Hype einfach dazu, sich wieder intensiver mit Innovationsthemen zu beschäftigen, wovon Unternehmen und ebenso die Wirtschaft profitieren.

Wie schneidet Österreich beim Thema Blockchain im internationalen Vergleich ab?

In Österreich gibt es eine sehr aktive Blockchain-Szene. So gibt es Netzwerke wie Internet of Things Vienna oder den Blockchain Hub Graz, die sich bereits seit Monaten intensiv mit dem Thema beschäftigen und den aktiven Austausch zwischen Expertinnen und Experten aus Privatwirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung sowie Start-ups fördern. Auch die öffentliche Verwaltung engagiert sich aktiv. So hat das Bundeskanzleramt die Initiative „Blockchain Village“ gestartet, um sich im Rahmen einer Community mit Use Cases für die öffentliche Verwaltung zu beschäftigen. Und auch das Wissenschaftsministerium legt mit der „Blockchain Austria“ eine Roadmap vor. ■



DI Michael Hauenschild ist Blockchain-Experte im BRZ.

Blockchain Use Cases around the World

Die USA haben in Sachen Blockchain die Nase vorn. Der Rest der Welt folgt aber mit großen Schritten. Österreich ist seit Juni mit dem Netzwerk Blockchain Village „Kettenbruck“ auf den Zug aufgesprungen.



USA/Bentonville/Arkansas

Wie kann man die Lieferkette von Lebensmitteln - vom Bauernhof bis ins Supermarktregal - lückenlos und nachvollziehbar dokumentieren? Frank Yiannas aus Bentonville, Arkansas, war seit Jahren auf der Suche nach einer adäquaten Lösung. Gemeinsam mit IBM setzt der Experte für Lebensmittelsicherheit bei der Supermarktkette Walmart nun ebenfalls auf die Blockchain.

Vereinigtes Königreich

17% aller Blockchain-Start-ups sind im UK registriert, das damit mit Abstand das Ranking in Europa anführt.

Schweden

Wie ein Grundbuchamt funktioniert, zeigt ein Pilotprojekt gemeinsam mit Partnern aus der Telekomindustrie und Banken; Käufer, Verkäufer und Makler können via Blockchain die Transaktion am Smartphone abwickeln.

Estland

Alle Daten des öffentlichen Sektors werden mit Blockchain gesichert - Identifizierung von Datensätzen ohne Rekonstruktion der enthaltenen Informationen. Die Daten werden auf Behörden-Rechnern gespeichert. Es gibt einen kryptografischen Nachweis, dass Daten nicht geändert wurden.

Georgien

möchte das Grundbuch auf Blockchain umstellen und erfüllt dafür die Voraussetzungen besonders: gute Datenlage und eine moderne Verwaltung. Man strebt eine Verteilung auf privater und öffentlicher Blockchain an, um das Vertrauen zu stärken.

Dubai

plant digitale Reisepässe, für die keine manuelle Kontrolle am Flughafen mehr nötig sein soll. Biometrische Daten, die auf dem Weg vom Flugzeug zum Ausgang erhoben werden (die Passagiere werden in einem Tunnel gescannt), verbunden mit Blockchain-Technologie machen es möglich.

USA

40% aller Blockchain-Start-ups sind in den USA registriert.

Niederlande

20 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Behörden arbeiten gemeinsam an Einsatzmöglichkeiten für die Blockchain-Technologie - Fokus: digitale Identität. Das Ganze nennt sich treffend „Nationale Blockchain-Koalition“.

Kettenbruck

Österreich

Die virtuelle Gemeinde „Kettenbruck“ ist Österreichs modernste Ortschaft und auch bereit, Blockchain-Anwendungen auszuprobieren. Darüber hinaus können reale Gemeinden Partnerschaften mit Kettenbruck eingehen, um sich Inspiration für die Digitalisierung zu holen.

Deutschland

In Frankfurt testet die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) die Blockchain-Technologie, um Beschaffungsprozesse abzubilden. Die Blockchain-Technologie ermöglicht es, sämtliche Arbeits- und Genehmigungsschritte eines Projekts zuverlässig abzubilden. Pilotprojekte sollen in mehreren afrikanischen Ländern starten.

Jordanien

Das Land verknüpft, in Kooperation mit den UN, Iris-Scans von Flüchtlingen mit einer Blockchain und prüft so Identität und Anspruch auf Hilfsleistungen. Über 10.000 Menschen sind mit diesem Pilotprojekt erfasst worden.

USA/Delaware

Der US-Bundesstaat Delaware verfolgt eine massive Blockchain-Agenda. Pilotprojekt war die Speicherung staatlicher Akten (Delaware Public Archives). Am 1. Juli hat man als erster Bundesstaat den Aktienhandel über Blockchain im lokalen Parlament abgesegnet.

USA/Brooklyn

Im Zusammenhang mit Energienetzwerken testet das junge New Yorker Energieunternehmen LO3 Energy gemeinsam mit Siemens Digital Grid und dem Siemens-Start-up-Förderer next47 ein Microgrid in Brooklyn. Dort handeln Nachbarn auf einer Blockchain-Plattform mit Solarstrom.

Willkommen in

Kettenbruck

Um die verschiedenen Aktivitäten rund um das Thema Blockchain in Österreich sichtbar zu machen, wurde vom Bundeskanzleramt eine Blockchain Village ins Leben gerufen. Als Partner dieser virtuellen Gemeinde hat das BRZ den Ortsnamen „Kettenbruck“ kreiert. Im Rahmen dieses Netzwerks werden Anwendungsfälle der Blockchain-Technologie betrachtet und Fachleute können sich zu diesem Thema austauschen. Die Kick-off-Veranstaltung für Kettenbruck, bei der erste Projekte in Österreich vorgestellt wurden, fand im Juni statt.

Singapur

Die Diamantenhandelsbörse arbeitet mit zwei Blockchain-Unternehmen an der Sicherstellung der eindeutigen Identifizierung von Diamanten. Die Besitzer von Diamanten erhalten Zertifikate über die Echtheit und den Besitzstatus, beim Weiterverkauf wird dies mittels Blockchain an den neuen Besitzer weitergegeben.

Neue Zeit-Rechnung dank E-Rechnung

Schnell und papierlos ans Ziel mit den ÖBB.



Digitalisiert. Die Vorteile der E-Rechnung liegen auf der Hand: geringere Kosten, mehr Transparenz, keine Medienbrüche. Davon profitiert nun auch der ÖBB-Konzern, neuer Kunde des BRZ.

Haben Sie gewusst, dass der ÖBB-Konzern jährlich mehr als 300.000 Eingangsrechnungen erhält? Das war früher eine unglaubliche Menge an Papier, die – zum Teil mehrfach kopiert – kreuz und quer durchs Unternehmen geschickt wurde. Das ist mittlerweile natürlich völlig unzeitgemäß. Seit über zehn Jahren archivieren die ÖBB Eingangsrechnungen elektronisch mittels SAP, seit diesem Sommer wird das Abwickeln

von Eingangsrechnungen dank E-Rechnung aber noch einfacher, sicherer und vor allem kostengünstiger. Einerseits wird dadurch die Datenqualität optimiert und andererseits erfüllt diese Vorgehensweise zusätzlich auch eine EU-Richtlinie. Nach der muss der ÖBB-Konzern bis November 2018 die Verarbeitung von elektronischen Rechnungen gewährleisten.

„Dieses Konzernprojekt stellt einen Quantensprung in der Eingangsrechnungsverarbeitung dar“, so ÖBB-Projektleiter Michael Thaler. „Seit Mitte Juli 2017 werden die Rechnungen unserer Auftragnehmer und Lieferanten am – vom BRZ für das BMF entwickelten – Unternehmensserviceportal hochgeladen oder eingegeben. Dadurch existiert vom Start weg ein elektronischer Datensatz, der dann in unser SAP-System eingespielt wird. Die Vorteile liegen vor allem in einer gewaltigen Kostenreduktion von 65 %.“ ■

„Die Vorteile liegen vor allem in einer **gewaltigen Kostenreduktion** von 65 %.“

Michael Thaler, ÖBB-Projektleiter



Digitale Rechnung: Schnell, effizient und sicher

Maßgeschneidertes Service. Künftig müssen auch Länder und Gemeinden E-Rechnungen annehmen. Zur Einrichtung digitaler Invoicing-Workflows ist das E-Rechnung Clearingservice des BRZ die passende Lösung.

Lieferanten des Bundes dürfen Rechnungen für Waren und Dienstleistungen nur noch in elektronischer Form einbringen. Papierrechnungen und Rechnungen per E-Mail oder im

PDF-Format werden nicht mehr akzeptiert. Laut EU-Vorgabe müssen Ende 2018 neben dem Bund auch Länder und Gemeinden sowie alle dem Vergaberecht unterliegenden Institutionen in der Lage sein, strukturierte E-Rechnungen anzunehmen.

Das bringt viele Vorteile:

› Digitale Rechnungen reduzieren Kosten: Kürzere Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten ermöglichen schlan-

kere Prozesse. Verwaltungsabläufe werden vereinfacht und beschleunigt. Außerdem entfallen alle Versand- und Materialkosten.

› Eine automatische Weiterbearbeitung ohne Medienbrüche verhindert Bearbeitungs- und Übermittlungsfehler.
› E-Rechnungen sorgen für volle Transparenz: Rechnungsverlauf und Bearbeitungsstatus sind jederzeit nachvollziehbar.

Die Bundesdienststellen erhalten pro Jahr fast eine Million Rechnungen. Durch die elektronische Übermittlung und Bearbeitung betragen die Einsparungen für die Unternehmen und den Bund rund 20 Millionen Euro im Jahr. Pro E-Rechnung entstehen dem Rechnungsempfänger Kosten zwischen 0,30

und 0,65 Euro. Im Vergleich dazu liegen die Kosten manueller Bearbeitung bei rund 3,00 Euro. ■

BRZ E-Rechnung Clearingservice

Das E-Rechnung Clearingservice des BRZ ist der schnellste Weg zur automatisierten Rechnungsverarbeitung. Das Angebot reicht von der Beratung zum Einsatz bis zur raschen und unkomplizierten Systemintegration. Sämtliche Normen- und Gesetzesänderungen werden vom BRZ zeitnah und ohne Kosten berücksichtigt. Weitere Assets sind der hochqualifizierte technische Support und die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards. Der sichere und performante Betrieb der maßgeschneiderten E-Rechnungs-Schnittstellen ist garantiert.



innovate_it

Stefanie Fitzka, MA
ist Digital Transformation Consultant im BRZ

Erfolgreich scheitern

Was haben Bill Gates (Microsoft), Steve Jobs (Apple), Evan Williams (Twitter) und Jeff Bezos (Amazon) gemeinsam? Sie sind nicht nur Gründer der erfolgreichsten Technologie-Unternehmen der letzten Jahrzehnte, sie alle haben vor ihrem großen Erfolg erstmal so richtig Schiffbruch erlitten. Und damit stehen sie nicht alleine da. Paypal-Mitgründer Max Levchin brachte es so auf den Punkt: „Das erste Unternehmen, das ich gegründet habe, ist mit einem großen Knall untergegangen. Das zweite ein bisschen weniger schlimm, das dritte ist wieder anständig gescheitert. Das vierte Unternehmen überlebte bereits. Das fünfte war dann PayPal.“ In der Start-up-Branche kennt man ganz ähnliche Zahlen: 9 von 10 Jungunternehmern scheitern. Daher empfehlen erfahrene Kapitalgeber gerne: „Investieren Sie nur in Start-ups, die schon mindestens einmal gescheitert sind.“

Warum ist Scheitern aber so wichtig für den Erfolg? Wer einmal (oder mehrmals) ein Projekt so richtig gegen die Wand fährt, beweist nicht nur „Stehauf-Männchen-Qualität“, sondern lernt aus jedem einzelnen kleinen Fehler und sammelt wertvolle Erfahrungen für den nächsten Versuch – Erfahrungen, die man aus Büchern nicht lernen kann.

Ähnliches gilt auch für Innovationsmanagement. Wer sich mit neuen Ideen beschäftigt, muss damit rechnen, dass Projekte schiefgehen. Oftmals sind Enttäuschung und Frust groß, wenn die Umsetzung einer Idee nach monatelanger Arbeit ins Leere führt. Hinzu kommt, dass im mitteleuropäischen Kulturkreis eher Fehlerkultur als Fehlerkultur betrieben wird. Das verstärkt die Angst vorm Versagen noch weiter.

„Investieren Sie nur in Start-ups, die schon mindestens einmal gescheitert sind.“

Jeder Versuch kann sowohl der erste Schritt zum Erfolg als auch der erste Schritt zum Scheitern sein. Doch auch ein gescheitertes Innovationsprojekt ist erfolgreich – wenn Sie aus den Fehlern lernen und andere daran teilhaben lassen, damit diese Ihre Fehler nicht nochmal machen müssen. Wer unter Zeit- und Kostendruck steht, weiß aber, dass das nicht einfach ist, denn jeder Fehler verbrennt Budget und zehrt an den ohnehin schon knappen Ressourcen. Unser bevorzugter Ansatz im BRZ ist daher, im Sinne eines „Fail-Fast-Prinzips“ Ideen schnell zu verproben und bereits in einem frühen Stadium des Innovationsprozesses erste Konzepte zu entwickeln und Prototypen zu bauen, zu testen und weiterzuentwickeln oder eben zu verwerfen.

Haben Sie Fragen? Schreiben Sie mir unter:
stefanie.fitzka@brz.gv.at

E-Zustellung bringt's: Vereinfachtes Handling & geringere Kosten

Neueste Zahlen belegen: Etwa 65 % der Rückscheinbriefe werden bereits hybrid abgewickelt, d. h. die Empfangsbestätigung erfolgt am portablen Computer. Ein Trend, der viele Vorteile bringt.

Mobile Datenerfassung. Täglich versenden österreichische Behörden eine große Menge an Schriftstücken. Allein das Innenministerium versendet rund 2,5 Millionen Schreiben pro Jahr, die österreichische Justiz kommt gar auf ca. 9 Millionen Schreiben. Dabei handelt es sich z. T. um Urteile, Benachrichtigungen oder Terminverständigungen, deren Rechtskraft an eine wirksame Zustellung gebunden ist. Werden derartige Briefe nicht gelesen, können Fristen versäumt, Rechtsmittel nicht mehr eingelegt und Kosten fällig werden. Das kann nachteilige Auswirkungen auf den Verlauf des Rechtsfalls haben. Womöglich bezahlt man eine Strafe nicht fristgerecht und es wird empfindlich teurer.

RSa- und RSb-Zustellungen

Ein RSa-Brief (Rückscheinbrief a; Synonym: Blauer Brief) ist ein behördliches Schriftstück und darf im Gegensatz zum RSb-Brief nur dem/der Empfänger/in selbst - bzw. einer Person mit Postvollmacht - zugestellt werden. Ist man zum Zeitpunkt der Zustellung nicht anwesend, wird das Schriftstück bei der nächsten Postfiliale hinterlegt. Achtung: Es gilt ab dem Hinterlassen der Verständigung im Briefkasten als zugestellt.

Wenn die Post nur einmal klingelt

Wie und an wen eine Zustellung zu erfolgen hat, regelt das Zustellgesetz. Dreh- und Angelpunkt dabei ist, ob eine wirksame Zustellung gelungen ist oder das Gericht dafür andere Schritte setzen muss. Wichtig zu wissen: Die Zusteller/innen hinterlassen nach dem ersten erfolglosen Zustellversuch eine Benachrichtigung. Mit dieser gilt das Schreiben als zugestellt und die Fristen beginnen zu laufen. Prinzipiell muss ein Rückscheinbrief dem/der Empfänger/in persönlich zugestellt werden. Wird diese/r an der Zustelladresse nicht angetroffen, dann kann in manchen Fällen auch an jemand anderen zugestellt werden. Jede/r kann

für sich bestimmen, an wen sie/er eine Ersatzzustellung akzeptiert oder auch an welche Person nicht zugestellt werden darf.

E-Zustellung bringt Vereinfachung

Ein erster Schritt zur Vereinfachung dieses Prozesses war die Einführung des elektronischen Zustellservice, d. h., Schriftstücke können in einem elektronischen Postfach digital zugestellt werden. Diese duale Zustellung bietet Behörden die Möglichkeit, Schreiben physisch oder digital zu versenden, und Bürger/innen können diese auf Wunsch elektronisch empfangen. Für alle Seiten eine erhebliche Erleichterung.

Mehr Effizienz und Transparenz

Die Justiz führte in einem weiteren Schritt mit Unterstützung des BRZ sogenannte hybride Rückscheinbriefe ein. Diese verbinden Elemente der physischen (Brief auf Papier) und der elektronischen Zustellung. Statt postalischer Rückscheine werden elektronische Statusinformationen übermittelt. Die Empfangsbestätigung wird elektronisch von der/dem Zusteller/in mittels Handheld, das nichts anderes als ein kleiner tragbarer Computer ist, und nicht mehr auf Papier erfasst. Dies macht eine manuelle Verarbeitung der Rückscheine hinfällig und jede einzelne Sendung kann zudem elektronisch verfolgt werden. Die elektronische Verfolgbarkeit jedes einzelnen Versandstücks sorgt für mehr Transparenz. Durch die Digitalisierung des Rückscheins und die vorhandenen Statusinformationen ist die Integration in bestehende Verfahrensabläufe möglich.

Kosten erheblich reduziert

Bei ca. 5 Millionen Rückscheinbriefen im Jahr erspart sich die österreichische Justiz dabei einiges an Zeit und vor allem Geld. Mit der Digitalisierung des Rückscheins werden die vorhandenen Statusinformationen sofort in den bestehenden elektronischen Verfahrensablauf integriert. Ein weiterer bedeutender Vorteil des hybriden Rückscheinbriefes sind geringere Kosten. Berücksichtigt man Porto, manuelle



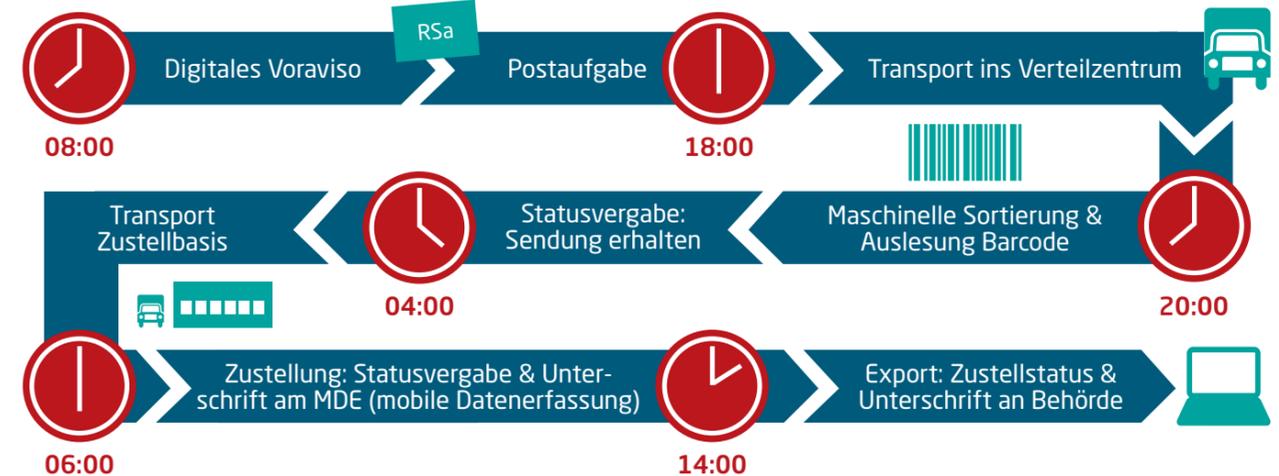
„Ein weiterer bedeutender Vorteil von hybriden Rückscheinbriefen sind **geringere Kosten**. Berücksichtigt man Porto, manuelle Nachbearbeitung und Material, ersparen sich unsere

Kunden pro Jahr enorme Kosten. Dadurch amortisiert sich die Einführung solcher Services innerhalb kurzer Zeit. Eine Innovation, die sich sofort rechnet.“

Mark Leyrer, Produktmanager im BRZ

Elektronisch zugestellt

Der Weg eines behördlichen Schriftstückes



Nachbearbeitung und Materialkosten, ergibt sich ein enormes Einsparpotenzial. Neben der Justiz und dem Bundesministerium für Finanzen startete heuer auch das Bundesministerium für Inneres mit dem Versand von hybriden Rückscheinbriefen. Man geht davon aus, dass ca. 600.000 Schreiben pro Jahr auf diese Weise versandt werden.

Das BRZ macht's möglich

Im Februar 2017 setzte man den nächsten Schritt: den lokalen Hybrid-Rückscheinbrief. Der Versand von Hybrid-Rückscheinbriefen war bisher aufgrund der erforderlichen elektronischen Anbindung an das System der Österreichischen Post nur für zentral in Druckstraßen verarbeitete Sendungen möglich. Nun können auch lokal erstellte Schreiben in allen Postämtern Österreichs aufgegeben werden. Die Rücksendung eines Originaldokuments per RSb-Brief war bislang nur mit dem manuell zu bearbeitenden Rückschein möglich. Nun können die Gerichte auch vom lokalen Postamt hybride Rückscheinbriefe versenden. Das heißt: Neben dem administrativen Aufwand ersparen sich die Gerichte auch die höheren Kosten pro Sendung von ca. 1,75 Euro.

Einsparpotenzial: enorm

Der Anteil der hybriden Rückscheinbriefe steigt kontinuierlich: Im ersten Quartal 2017 betrug die Quote ca. 65 % aller in Österreich versandten RSa/RSb-Schreiben. Auf Basis der 2016 versandten Schreiben ergibt das für die Justiz ein



„Mit der **Einführung des hybriden Rückscheins** ist es gelungen, einen aufwendigen manuellen Prozess zu automatisieren. Durch die elektronische Anlieferung von Rückscheinen wurde der Prozess effizienter und transparenter – das ist digitale Transformation mit klarer Kosten-Nutzen-Rechnung.“

Rupert Zarl, Produktmanager im BRZ

zusätzliches Einsparpotenzial von ca. 1 Million Euro. Auch das BMI verwendet seit 1. Mai 2017 den hybriden Rückscheinbrief und hat in zwei Monaten fast 100.000 Schreiben damit versandt. Die Einsparungen beliefen sich auf ca. 240.000 Euro, aufs Jahr gerechnet können bis zu 1,5 Millionen Euro an Porto eingespart werden. Seitens der Behörden ist man hochofreut: einfacheres Handling der Sendungen bei gleichzeitig geringeren Kosten. Aber auch die Bürger/innen profitieren: Per Post-App kann man sich über die Zustellung bzw. Hinterlegung eines Hybrid-Rückscheinbriefes benachrichtigen lassen und kann diesen im Falle einer Hinterlegung auch per Hinterlegungsanzeige am Smartphone in der Postfiliale abholen. ■

Hybrider Rückscheinbrief

Ein Barcode identifiziert den Brief eindeutig, per Scan wird er im System erfasst. Anstelle der klassischen Zustellkarte unterschreibt der/die Adressat/in direkt am Handheld - dies wird sofort an die Postzentrale und das elektronische Verfahrensregister übermittelt.

Duale Zustellung

Eine Lösung des BRZ, die einzelne Services über eine einheitliche Schnittstelle anbietet. So können Dokumente amtssigniert, elektronisch zugestellt, archiviert oder herkömmlich per Post versandt werden.

„Wir heben das Potenzial für unsere Kunden“

Mag. Dietmar Eglhofer ist der neue Mann für Personalentwicklung im BRZ – ein Gespräch über Authentizität, die Dynamik der Digitalisierung und die Mobilität des Arbeitsplatzes.



Mag. Dietmar Eglhofer bringt 20 Jahre HR-Erfahrung mit ins BRZ.



„Zukünftige Arbeitsangebote werden Mobilität ermöglichen und die positiven Aspekte der sozialen Bindungen im Unternehmen stärken.“

Mag. Dietmar Eglhofer, Bereichsleiter HR, BRZ

Sie haben kürzlich Ihren Job als Leiter der HR des BRZ angetreten. Wie geht man als HR-Experte in einen Bewerbungsprozess?

Die erste und wichtigste Frage ist: Warum will ich diesen Job in diesem Unternehmen? Dann: Was kann ich beitragen und bietet das Unternehmen mir, was ich suche? Passen meine Werte mit der Unternehmenskultur zusammen? Im Bewerbungsprozess ist für mich die Authentizität das Wichtigste.

Warum haben Sie sich für einen Wechsel zum BRZ entschieden?

Mit 20 Jahren Berufserfahrung im HR-Bereich, rund die Hälfte davon in der IT-Industrie, war die Herausforderung, den Aufgabenbereich Human Resources, Facility Management und Interne IT in einem der größten IT-Unternehmen in Österreich zu übernehmen, sehr ansprechend. Mir ist es wichtig, durch meine Tätigkeit die Unternehmensstrategie zu unterstützen, und alle Services meines Bereiches eignen sich ideal dazu.

Was ist für Sie das Spannende am BRZ?

Das Potenzial an Know-how im Unternehmen. Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Spezialistinnen und Spezialisten in ihren Bereichen und haben ihre Skills über Jahre verfestigt und weiterentwickelt. Dieses Potenzial für die Entwicklung neuer Produkte zu heben, ist eine spannende Herausforderung.

Warum würden Sie das BRZ empfehlen?

Alle Mitarbeiter/innen, die an einer interessanten und langfristigen Entwicklung im IT-Bereich interessiert sind, können genau das im BRZ erreichen. Die Vielfältigkeit unserer Services und Lösungen in einem Haus erlaubt nicht nur die klassische Entwicklung z. B. als Architekt/in

oder Berater/in, sondern auch über Technologien hinweg. Die Dynamik der Digitalisierung und andere Entwicklungen werden diese Möglichkeiten noch erweitern.

Mit welchen Zielen haben Sie diese Position übernommen?

Wir wollen im BRZ eine der attraktivsten Arbeits- und Innovationsumgebungen in Österreich schaffen. Wir wollen für unsere aktuellen und zukünftigen Beschäftigten modernstes Arbeiten im Bereich der neuesten IT-Technologien ermöglichen.

Sie haben Betriebswirtschaft studiert, wollten Sie immer im HR-Bereich tätig sein?

Mein erster Bildungsweg war im Tourismus, somit war mir der Kontakt zu Menschen immer wichtig. Ich habe beide Studien, Wirtschaftspädagogik und Betriebswirtschaft, gleichzeitig begonnen und mich letztendlich für Human Resources entschieden, weil hier die Arbeit mit Menschen und die kontinuierliche Entwicklung im Mittelpunkt stehen.

Welches Buch würden Sie jeder Managerin/jedem Manager empfehlen und warum?

Wer mein Büro kennt, weiß, dass es mehr als ein Buch braucht, um die vielfältigen Aspekte einer Managerrolle anzusprechen. Müsste ich ein Buch herausheben, ist es „Speed of Trust“ von Stephen

M. R. Covey, da es einen zentralen Aspekt erfolgreicher Manager/innen darstellt. Vertrauen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor und kann aktiv gemanagt werden. Meine Nummer zwei ist „Start with Why“ von Simon Sinek, das sehr gut die Kernaufgabe jeder Führungskraft darstellt – das „Warum“ zu erklären.

Hilft Ihnen Ihr Know-how im Projekt- und Change-Management bei Ihrer täglichen Arbeit?

Definitiv. Nehmen wir das Beispiel Mitarbeiter-/Mitarbeiterinnenentwicklung. Wir erheben den Bedarf und organisieren Trainings. Die Anforderungen an diesen HR-Service ändern sich jedoch laufend, so wie sich die technologische Komponente in den Kundenanforderungen des BRZ ändert. Daraus ergibt sich für die HR-Organisation eine stetige Anforderung, unseren Service anzupassen. Jeder Schritt wird als kleines – mitunter auch als großes – Projekt gehandelt. Wohin wollen wir, warum machen wir das, wie können wir das erreichen und wie wissen wir, ob wir erfolgreich sind? Change-Management ist unser stetiger Begleiter im Verbessern unserer HR-Services.

Welche Trends treiben Ihre HR-Strategie voran?

Zum Ersten sind die Trends in den Kundenbedürfnissen für uns wichtig, da sich die Weiterent-

wicklung unserer Services und Lösungen daran orientiert. Natürlich können wir uns technologischen, sozialen oder rechtlichen Trends, wie Social Media und Generationsentwicklungen, nicht entziehen. Digitalisierung im Bereich Administration und im Recruiting oder auch E-Learning werden uns weiterhin begleiten.

Sie verfügen jetzt über 20 Jahre Erfahrung auf dem Gebiet Human Resources. Haben sich die Ansprüche der Unternehmen, aber auch die der Bewerber/innen in dieser Zeit verändert?

Ich denke, im Wesentlichen nicht. Es gab Trends, die gekommen sind, und nicht alle sind geblieben oder haben sich weitgehend durchgesetzt, wie etwa das Cafeteria-System bei Benefits. Eine wesentliche Veränderung gab es im Bereich der Mobilität der Arbeit. Was vor 20 Jahren noch an einen festen Arbeitsplatz gebunden war, ist heute technologisch höchst mobil geworden.

Wie sieht der Arbeitsplatz der Zukunft aus, wie zukunftsfit ist das BRZ als Arbeitgeber?

Ich denke, der Arbeitsplatz der Zukunft wird eine starke Balance zwischen Mobilität – räumlich, zeitlich, technologisch und inhaltlich – und sozialen Netzwerken im Unternehmen benötigen. Zukünftige Arbeitsangebote werden Mobilität ermöglichen und die positiven Aspekte der sozialen Bindungen im Unternehmen stärken. ■

Mag. Dietmar Eglhofer

- › Seit April 2017 Leiter HR und Technischer Support im BRZ
- › 2016 Global Vice President Human Resources, Quintiles International
- › 2010 Country Manager, Quintiles Austria
- › 2002 Region HR Manager, HP Central & Eastern Europe, Middle East/Africa
- › verschiedene Positionen bei IBM, Kraft Foods, Unilever u. a.

Word Rap

Ihr Tipp fürs Bewerbungsgespräch...?

Warum will ich den Job in diesem Unternehmen? Authentizität!

Mein Rezept gegen Stress lautet...

Nicht stressen lassen, Prioritäten setzen. Stress ist eine Eigendefinition – nur ich bestimme, ob ich Stress habe.

Ihr erster Job war...?

Ferialpraktikant in der Küche eines Gasthauses, Zwiebeln und Kartoffeln schälen, Fritteuse putzen, ...

Ihr Lieblingsbuch...?

In meiner Kindheit „Kalle Blomquist – Meisterdetektiv“ von Astrid Lindgren. Heute die Romane von Philip K. Dick, die auch als Film- und TV-Vorlagen dienen, z. B. „The Man in the High Castle“, „Total Recall“ oder „Minority Report“. Letzterer basiert auf einer Kurzgeschichte aus 1956, in der es um die Vorhersage und damit die Prävention von Verbrechen geht ... Willkommen in der Zukunft.

Am 25. Mai ist es zu spät

Unternehmen und Behörden müssen mit Stichtag 25. Mai 2018 fit für die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung sein. Doch was ändert sich dadurch konkret? Wir haben die Antworten.

1 Das bringt die neue DSGVO mit sich

- › Die DSGVO gilt für alle Organisationen, die persönliche Daten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern speichern oder verarbeiten.
- › Für Österreich gelten die DSGVO und das neue Datenschutzgesetz (DSG), das die notwendigen Durchführungsbestimmungen enthält.
- › Im öffentlichen Bereich ist ein/e Datenschutzbeauftragte/r verpflichtend.
- › Die Erfassung aller Verarbeitungstätigkeiten ist ebenfalls vorgeschrieben. Anstelle des zentral geführten Datenverarbeitungsregister (DVR) muss nun jede/r Verantwortliche selbst ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten führen.
- › Verpflichtend sind Folgenabschätzungen bei „heiklen“ Datenverarbeitungen.
- › Es gelten erweiterte Meldepflichten bei Datenschutzverletzungen. Frist: 72 Stunden
- › Die Rechte der Betroffenen wurden erweitert.
- › Ebenso wurden die Dokumentationspflichten ausgeweitet.
- › Datensparsamkeit ist bereits beim Design von Anwendungen zu beachten.

2 Was ist an der DSGVO nun wirklich neu?

Die DSGVO in Verbindung mit dem neuen DSG verschiebt Aufgaben und Verantwortlichkeiten von der Datenschutzbehörde in die Verantwortung der Verarbeiter von personenbezogenen Daten. Gleichzeitig stärkt die DSGVO die Rechte der Personen, deren Daten verarbeitet werden. Die Möglichkeit von Sanktionen und Kontrollen durch die Aufsichtsbehörde wurde durch die neuen Rechtsnormen gestärkt. Es können Geldbußen von bis zu 20.000.000 Euro verhängt werden.

3 Gestatten: Datenschutzbeauftragte/r

Auf eine/n Datenschutzbeauftragte/n kommen interdisziplinäre, vielfältige und auch neue Aufgaben und Verantwortungen zu. Sie/Er ist nicht nur das Bindeglied zur Aufsichtsbehörde und unterstützt das Management in Bezug auf Datenschutzthemen, sondern wirkt auch innerhalb Ihrer/seiner Organisation an vielen Stellen beratend mit, beispielsweise in der Erstellung einer Datenschutzfolgenabschätzung. Ministerien, Behörden und öffentliche Stellen benötigen nun zwingend eine/n Datenschutzbeauftragte/n (DSB). Dies ist nicht nur ein/e weitere/r Beauftragte/r, sondern sie/er ist mit gesetzlich verankerten Rechten und Pflichten ausgestattet. Zudem muss sie/er

weisungsfrei und verschwiegen sein und über ausreichend Ressourcen verfügen. Bei Ministerien erforderlich: Sie/Er muss aus dem Personalstand des Ministeriums kommen, externe DSB sind ausgeschlossen. Für einige wird es nicht leicht sein, eine passende organisatorische Verankerung des/der Datenschutzbeauftragten zu finden, da Unvereinbarkeiten mit anderen Rollen und Aufgaben zu berücksichtigen sind.

4 Kritischer Faktor: Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

Neu für Österreich ist das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten. Darin enthalten: Zweck der Verarbeitung sowie die Kategorien betroffener Personen, Daten, Empfänger/innen. Wenn möglich, sind auch Löschrufen sowie technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Daten anzuführen. Auch wenn es für manche Unternehmen Ausnahmen gibt, ist es für alle Organisationen ratsam, ein Verzeichnis zu führen. Das Bearbeiten von Anfragen der Aufsichtsbehörde oder von Betroffenen oder die Abwicklung eines Datenschutzvorfalls werden dank des Verzeichnisses und der damit verbundenen Transparenz leichter fallen. Es ist also einer der wichtigsten Faktoren bei der Risikominimierung im Zusammenhang mit den neuen Regelungen.

5 Checkliste: Welche Schritte müssen Organisationen setzen?

- › Aufsetzen eines Datenschutzmanagementsystems
- › Bestellung von Datenschutzbeauftragten
- › Erstellung eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten
- › Aufsetzen eines Prozesses für den Fall einer Datenschutzverletzung
- › Erfassung aller Datenverarbeitungen für das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- › Datenschutzfolgenabschätzung
- › Prozess für den Umgang mit Betroffenenrechten
- › Überarbeitung der Kunden- & Lieferantverträge
- › Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Wie so oft nützt die beste Vorbereitung nichts, wenn der Faktor Mensch ins Spiel kommt. Ein verlorenes Handy, das nicht mit PIN-Code oder Bildschirmsperre geschützt ist, kann ein Szenario auslösen, das für die/den Datenschutzbeauftragte/n, aber auch für die gesamte Organisation zum Albtraum wird.



secure_it

DI Reinhard Fiegl, MBA, MSc
ist Datenschutzbeauftragter im BRZ

Wie wirkt sich die DSGVO auf Online-Kommunikation aus?

Ab Mai 2018 greift die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Empfindliche Strafen drohen Unternehmen oder Organisationen, die sie nicht entsprechend umsetzen. Ein neuer Aspekt ist der Umgang mit Webseiten, IP-Adressen und dergleichen. Daraus ergeben sich auch Änderungen für die Öffentlichkeitsarbeit und bei Online-Marketing-Aktivitäten:

- › Die eigene Webseite hat „Datenschutzinformation“ bereitzustellen. Diese Informationen sollten darin u. a. enthalten sein:
 - › Kontaktdaten/-stelle der/des Verantwortlichen in Bezug auf datenschutzrechtliche Fragen
 - › Angabe zur Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten
 - › Speicherdauer der Daten
 - › Eine Belehrung über die Rechte der Betroffenen, samt dem Hinweis auf das Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde
 - › Offenlegung von Datenquellen
 - › Weiterleitung von Daten an Auftragsverarbeiter in Drittstaaten
- › IP-Adressen (statisch und dynamisch), User-Kennungen, Cookies bis hin zu MAC-Adressen werden nun als personenbezogene Daten interpretiert. Das bedeutet, dass für eine Verarbeitung z. T. die persönliche Zustimmung der Betroffenen eingeholt werden muss. Das wäre natürlich eine Herausforderung für jede Stelle, die mit Kunden und Interessenten interagiert. Jedoch dürfte die Direktwerbung, als „legitimes Interesse“ des Datenverarbeiters, davon ausgenommen sein. Vermutlich wird dies aber erst durch die Aufsichtsbehörden ausgelegt werden. Ebenso, und das nimmt dem Ganzen wieder etwas vom Schrecken, dürfen nicht-sensible Daten für Werbezwecke verarbeitet werden.

„IP-Adressen, User-Kennungen, Cookies bis hin zu MAC-Adressen werden nun als personenbezogene Daten interpretiert.“

Organisationen brauchen den totalen Durchblick in Bezug auf ihre Datensammlung, -verwendung und -verarbeitung. Denn man muss jederzeit Betroffenen Auskunft geben können, welche Daten man von ihnen gesammelt hat, wozu man sie nutzt und wem man sie weitergegeben hat, und man muss auch in der Lage sein, diese zu löschen.

Haben Sie Fragen? Schreiben Sie mir unter:
datenschutzbeauftragte@brz.gv.at



BRZ DataReg - das kompakte Datenschutzregister

Das BRZ bietet mit dem Produkt BRZ DataReg ein kompaktes Register für das Verzeichnen von Verarbeitungstätigkeiten. Die Web-Lösung wurde auf Basis aller rechtlichen Vorgaben der aktuellen Datenschutz-Grundverordnung umgesetzt. Laufende Updates berücksichtigen legislative Änderungen. Damit haben die Anwender/innen rund um die Uhr ein rechts- und datensicheres Register zur Verfügung und sparen sich Ausgaben für die Erstellung, Wartung und Weiterentwicklung einer eigenen Lösung. So einfach kann Datenschutz sein.

Vorteile und Nutzen der BRZ-Software im Überblick

- › Web-Anwendung mit Zugang über Portalverbund
- › Abbildung der rechtlichen Grundlagen (Art 30 DSGVO)
- › Automatische Anpassung und Aktualisierung
- › Vorlagen für die Kategorisierung personenbezogener Daten
- › Importmöglichkeit von Daten aus dem DVR
- › Responsive Design für mobile Endgeräte
- › Helpdesk-Support
- › Höchste Informations- und Datensicherheit
- › Sicherheit der Daten auf höchstem Niveau, Ausfallsicherheit und Verfügbarkeit



Das EU-Projekt „Cloud for Europe“ fördert den Einsatz von Cloud-Services im öffentlichen Bereich. Beim Abschluss-Workshop gab es zahlreiche Vorträge und spannende Diskussionen.



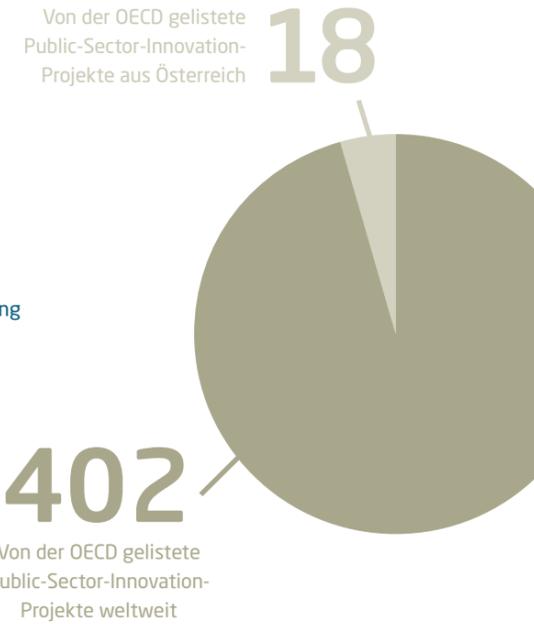
IT in Zahlen

In den kommenden Jahren wird viel in die Digitalisierung investiert. Umfragen zeigen aber schon heute die große Bedeutung dieses Themas.

Europa ist in puncto Digitalisierung gespalten



Österreich liebt mobiles Internet



Gesamtvolumen des EU-Programms HORIZON 2020

77,7 Mrd. Euro

1: EU Factsheet Digitisation, Employability and Inclusiveness - the Role of Europe, Eurobarometer, 2: OECD Working Paper 189, 3: World Economic Forum, 4: MMA Austria, Mobile Communication Report 2016

Heiter bis wolkig - Cloud for Europe

Erfolgreich. Als einer der Projektpartner veranstaltete das BRZ den Abschluss-Workshop von Cloud for Europe. Das EU-Projekt, das den Einsatz von Cloud-Services im öffentlichen Bereich fördert, war rückblickend trotz großer Herausforderungen ein Erfolg. Ziel des Forschungsprojekts Cloud for Europe war es, über nationale Grenzen hinweg Vertrauen in europäisches Cloud Computing für die öffentlichen Verwaltungen zu schaffen. So sollten etwa unterschiedliche Anwendungsszenarien von Cloud-Lösungen Anwendungspotenziale offenlegen. Außerdem wurden Anforderungen des öffentlichen Bereichs identifiziert und zentrale Services erforscht. Ein primäres Ziel war es, KMUs einen Zugang zum europaweiten

Beschaffungsprozess zu ermöglichen. Über das Modell des Pre-Commercial Procurements (PCP) wurde ein attraktives, weil unbürokratisches und flexibles Instrument geschaffen, das cloudbasierte Beschaffung ermöglicht.

Kooperation ohne Grenzen

Das mit Ende Juni abgeschlossene EU-Projekt Cloud for Europe wurde durch das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (FP7) der Europäischen Kommission mit 9,86 Millionen Euro gefördert und von 24 Partnern aus elf europäischen Ländern getragen. Für Österreich nahmen das Bundesrechenzentrum, das österreichische Zentrum für sichere Informationstechnologie (A-SIT) und die Technische Universität Graz teil. ■



Carl-Markus Piswanger und Manoela Bodiroza

Aktiver Partner BRZ

Seit dem Kick-off 2013 waren Manoela Bodiroza und Carl-Markus Piswanger für das BRZ aktiv am Projekt beteiligt. Beide beschäftigen sich intensiv mit Einreichungen und Umsetzungen von EU-Projekten. Das BRZ konnte sich dank des internen Know-hows besonders bei Pilotprojekten in der Leitung von Arbeitspaketen etablieren. Wenn Sie zu internationalen Projekten Unterstützung benötigen, sind wir für Sie unter international@brz.gv.at erreichbar.

Vorgestellt: EEMA (European Association for e-Identity & Security)

... ist ein europäischer Think Tank zu den Themen eID, Authentication, Cyber Security, Internet of Things, Artificial Intelligence und Mobile Applikationen.
... gibt es bereits seit 30 Jahren.

... ist BRZ-Projektpartner bei den Projekten: Cloud for Europe & Future Trust.
... veranstaltet am 14. & 15. November die europaweite Konferenz ISSE 2017, bei der BRZ-Geschäftsführer Markus Kaiser eine Keynote halten wird.

Der Think Tank EEMA veranstaltet Mitte November 2017 eine europaweite Konferenz.



„Die **Blockchain-Technologie** hat unglaubliches Potenzial und gehört zu den sichersten und transparentesten Systemen, um Daten zu verwalten und Werte auszutauschen.“

Dr. Harald Mahrer, Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft